Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz (gemeinsames Schreiben vom 04.12.2020)	
	Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können:	
A.2.1	Artenschutz Im Zuge der Prüfung der naturschutzrechtlichen Belange (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB) wurde vom Planungsbüro Gaede & Gilcher ein Vorschlag zum Untersuchungsrahmen für den Bebauungsplan erstellt. Dieser Vorschlag mit Stand Februar 2020 beinhaltet unter anderem artenschutzrechtliche Belange. Gemäß den Ergebnissen zum Untersuchungsrahmen im Gutachten des Büros Gaede & Gilcher (Seite 3, Ziffer 3.2.2) könnten die im Plangebiet vorhandenen Gebäude als Fledermausquartiere in Frage kommen, und prinzipiell auch von Gebäudebrütern genutzt werden. Speziell das Vorliegen artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände für Fledermäuse kann im Hinblick auf geplante Gebäudeabrisse im Plangebiet nicht ausgeschlossen werden. Zudem ist es trotz ungünstiger Rahmenbedingungen nicht auszuschließen, dass die vorhandenen Freiflächen von Zauneidechsen genutzt werden.	
A.2.2	Aus fachlicher Sicht der UNB sollte daher auf Bebauungsplanebene lediglich das Lebensraumpotential für die im Gutachten des Büros Gaede & Gilcher dargelegten Artengruppen festgelegt/erhoben werden. Wir bitten hier auch darum, das Lebensraumpotential und die Erforderlichkeit von tiefergehenden Erhebungen für die einzelnen Artengruppen noch in einer Karte nachvollziehbar darzustellen.	
A.2.3	Da im Weiteren zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bebauungsplans nicht absehbar ist, wo und wann welche baulichen Maßnahmen zukünftig vorgenommen werden sollen, sind erst auf Ebene des Bauantragsverfahrens konkrete Untersuchungen, auf Grundlage der artenschutzrechtlichen Potentialabschätzung, durchzuführen. Einen diesbezüglichen Hinweis bitten wir wie folgt ergänzend in den Textteil aufzunehmen: <i>Zur Sicherung der artenschutzrechtlichen</i>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p><i>Vorgaben (insbesondere der Bauzeitenregelungen) ist die untere Naturschutzbehörde an den jeweiligen Bauvorhaben i.S.d. § 49 LBO im Bebauungsplangebiet zu beteiligen. Für kennntnisgabepflichtige und verfahrensfreie Vorhaben (bspw. Gebäudeabbrüche, Mauersanierungen, Geländeumgestaltungen etc.) obliegt es dem Bauherrn, eine frühzeitige Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde vorzunehmen.</i></p> <p>Unabhängig davon sind sämtliche Bau-, Abriss- und Umbauarbeiten außerhalb der Vogelschonzeit, im Zeitraum vom 01.10. bis 28./29.02. eines jeden Jahres, durchzuführen (§ 39 Abs. 5 Satz 1 Ziffer 2 BNatSchG). Hierauf sollte im Textteil ebenfalls noch hingewiesen werden.</p>	
	<p>Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:</p>	
<p>A.2.4</p>	<p>Begründung</p> <p>Unter Ziffer 2.3 der Bebauungsvorschriften könnte noch die folgende Ergänzung erfolgen:</p> <p><i>Begrünungen und Pflanzungen auf den Baugrundstücken, wie auch eine generelle Durchgrünung des Baugebiets dienen auch der Klimaanpassung: sie können einer Aufheizung von Gebäuden und einer Erwärmung im Baugebiet entgegenwirken und haben somit positive Effekte für das Lokalklima.</i></p>	
<p>A.3</p>	<p>Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht / Wasser & Boden (gemeinsames Schreiben vom 04.12.2020)</p>	
	<p>Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:</p>	
<p>A.3.1</p>	<p>Bodenschutz / Altlasten</p> <p>Die folgenden Bestimmungen sollen dazu dienen, die Erhaltung des Bodens und seiner Funktion zu sichern. Gesetzliche Grundlage ist das Bundes -Bodenschutz- und Altlastengesetz. Nach § 1 und § 7 dieses Gesetzes ist insbesondere bei Baumaßnahmen auf einen sparsamen und schonenden und haushälterischen Umgang mit dem Boden zu achten.</p>	
<p>A.3.1.1</p>	<p>Allgemeine Bestimmungen:</p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bei Baumaßnahmen ist darauf zu achten, dass nur so viel Mutterboden abgeschoben wird, wie für die Erschließung des Baufeldes unbedingt notwendig ist. Unnötiges Befahren oder Zerstören von Mutterboden auf verbleibenden Freiflächen ist nicht zulässig. 2. Bodenarbeiten sollten grundsätzlich nur bei schwach feuchtem Boden (dunkelt beim Befeuchten nach) und bei niederschlagsfreier Witterung erfolgen. 3. Ein erforderlicher Bodenabtrag ist schonend und unter sorgfältiger Trennung von Mutterboden und Unterboden durchzuführen. 4. Bei Geländeaufschüttungen innerhalb des Baugebietes, z.B. zum Zwecke des Massenausgleichs, der Geländemodellierung usw. darf der Mutterboden des Urgeländes nicht überschüttet werden, sondern ist zuvor abzuschleppen. Für die Auffüllung ist ausschließlich Aushubmaterial (Unterboden) zu verwenden. 5. Die Bodenversiegelung durch Nebenanlagen ist auf das unabdingbare Maß zu beschränken, womöglich sind Oberflächenbefestigungen durchlässig zu gestalten. Zur Befestigung von Gartenwegen, Garageneinfahrten, Stellplätzen usw. werden Rasengittersteine oder Pflaster mit groben Fugen empfohlen. 6. Anfallender Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen; er darf nicht als An- bzw. Auffüllmaterial (Mulden, Baugruben Arbeitsgraben usw.) benutzt werden. 7. Bodenbelastungen, bei denen Gefahren für die Gesundheit von Menschen oder erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes nicht ausgeschlossen werden können, sind der Unteren Bodenschutzbehörde zu melden. 	
A.3.1.2	<p>Bestimmungen zur Verwendung und Behandlung von Mutterboden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ein Überschuss an Mutterboden soll nicht zur Krumenerhöhung auf nicht in Anspruch genommenen Flächen verwendet werden. Er ist anderweitig zu verwenden (Grünanlagen, Rekultivierung, Bodenverbesserungen oder 	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>wiederverwertbar auf geeigneten (gemeindeeigenen) Flächen in Mieten zwischenzulagern.</p> <p>2. Für die Lagerung bis zur Wiederverwertung ist der Mutterboden maximal 2 m hoch locker aufzuschütten, damit die erforderliche Durchlüftung gewährleistet ist.</p> <p>3. Vor Wiederauftrag des Mutterbodens sind Unterbodenverdichtungen durch Auflockerung bis an die wasserdurchlässige Schicht zu beseitigen, damit ein ausreichender Wurzelraum für die Bepflanzung und eine flächige Versickerung von Oberflächenwasser gewährleistet sind.</p> <p>4. Die Auftragshöhe soll 20 cm bei Grünanlagen und 30 cm bei Grabeland nicht überschreiten.</p>	
A.3.2	<p>Wasserversorgung / Grundwasserschutz</p> <p>Die Grundwasserverhältnisse sind im Bereich der vorliegenden Bauleitplanung nicht bekannt. Da die Bauleitplanung Tiefgaragen und somit ein Bauen im Untergrund zulässt, sollten die Grundwasserverhältnisse durch einen Sachverständigen untersucht werden.</p> <p>Das Bauen im Grundwasser sowie eine bauzeitliche Wasserhaltung bedürfen einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Ob eine solche Erlaubnis erteilt werden kann, ist im Zuge eines Wasserrechtsverfahrens im Einzelfall zu klären.</p> <p>Soweit die konkrete Stellplatzverpflichtung nur mit der Verwirklichung der Tiefgaragen erfüllt werden kann, sind die Grundwasserverhältnisse vor Beschluss über den Bebauungsplan zu ermitteln, um die grundsätzliche Erlaubnisfähigkeit prüfen zu können.</p>	
A.3.3	<p>Oberflächengewässer / Gewässerökologie / Hochwasserschutz / Starkregen</p> <p>Im Bebauungsplan „Talhauser Straße“ wird das Thema Oberflächengewässer so gut wie nicht beachtet. Lediglich im Vorschlag zum Untersuchungsrahmen für den Bebauungsplan von Gaede und Gilcher unter Punkt 3.2.4 wird das Thema Oberflächengewässer angerissen. Dort wird richtigerweise auf folgenden Sachverhalt hingewiesen:</p> <p>Im Extremhochwasserfall (HQ_{extrem}) bzw.</p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>im Fall des überbetrieblichen Zustandes der oberhalb gelegenen Hochwasser-rückhaltebecken Talhausen sowie Breiten ist mit einem Wasserabfluss auf der aus dem Ortsteil Talhausen kommenden Talhauser Straße sowie der südlich des B-Plangebietes verlaufende Dürrenbergstraße zu rechnen. Aus der Hochwassergefahrenkarte (HWGK) ergibt sich, dass in einem solchen Fall mit einer Wasserhöhe von ca. 0,2 m zu rechnen ist. Darüber hinaus dürften nicht unerhebliche Fließgeschwindigkeiten auftreten.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass für die Flächen des HQ_{extrem} als Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten die Regelungen des § 78 b Abs. 1 Nr. 1 WHG zu berücksichtigen sind. Demnach ist bei der Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.</p> <p>Das Thema Starkregen wurde auf Seite 8 der Bebauungsvorschriften unter Punkt 3.4 gestreift. Für die Gemeinde Ebringen liegen mittlerweile Starkregengefahrenkarten vor. Diese wurden deshalb vom fachtechnischen Dienst des LRA BH ausgewertet. Es zeigt sich in diesen Karten, dass ähnlich wie im Extremhochwasserfall mit nicht unerheblichen Abflüssen auf der aus dem Ortsteil Talhausen kommenden Talhauser Straße sowie der südlich des B-Plangebietes verlaufende Dürrenbergstraße zu rechnen ist. Je nach betrachtetem Regenszenario ist hier mit Abflusshöhen von 10 - 50 cm bzw. im Falle eines Extremniederschlagsereignisses mit Werten von 50-100 cm zu rechnen. Die maximalen Fließgeschwindigkeiten können je nach betrachtetem Regenszenario zwischen 0,5 - 2,0 m/s bzw. > 2,0 m/s liegen. Diese Hinweise sind als erheblich einzustufen und sollten bei der Überplanung des betrachteten B-Plan-Bereiches unbedingt berücksichtigt werden, um den Schadenrahmen für die Zukunft möglichst gering zu halten.</p> <p>Aus diesem Grund und der Tatsache, dass im Bebauungsplan die Errichtung von Tiefgaragen vorgesehen ist, wird der Gemeinde bzw. den Vorhabenträgern im betrachteten Bebauungsplanbereich un-</p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>bedingt angeraten, die Zufahrten zu solchen Tiefgaragen vor allem von der Dürrenbergstraße aus zu vermeiden.</p> <p>Tiefgarageneinfahrten sollten deshalb nur von der östlich des B-Plan-Gebietes verlaufenden Talhauser Straße zugelassen werden. Hier besteht das Risiko einer Flutung der Tiefgaragen dann aller Voraussicht nach nur noch im Falle eines Extremniederschlagsereignisses.</p> <p>Diese Hinweise bitten wir im B-Plan zu berücksichtigen.</p>	
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- & Katastrophenschutz (gemeinsames Schreiben vom 04.12.2020)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.4.1	<p>Die Löschwasserversorgung wird entsprechend dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW in Abhängigkeit der Nutzung (§ 3 FwG, § 2 Abs. 5 LBOAVO) festgelegt.</p> <p>Bei einem allgemeinen Wohngebiet mit einer GFZ von 0,8 ist eine Löschwasserversorgung von mind. 96 m³/Stunde über einen Zeitraum von 2 Stunden sicherzustellen.</p>	
A.4.2	<p>Hydranten sind so anzuordnen, dass die Entnahme von Wasser jederzeit leicht möglich ist. Als Grundlage sind die DVGW-Arbeitsblätter W 331 und W 400 zu beachten.</p> <p>Für Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt werden muss, sind in Abhängigkeit der Gebäudehöhe entsprechende Zugänge bzw. Zufahrten und Aufstellflächen zu schaffen (§ 2 Abs. 1-4 LBOAVO).</p> <p>Zufahrt und Aufstellflächen für Rettungsgeräte der Feuerwehr sind nach den Vorgaben der VwV - Feuerwehrflächen auszuführen.</p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.7	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 07.12.2020)	
A.7.1	Geotechnik Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird andernfalls die Über-	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>nahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:</p> <p>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich der Gesteine des Tertiärs, welche von Holozänen Abschwemmmassen mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit überlagert werden.</p> <p>Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind sowie mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonigschluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.</p> <p>Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen.</p> <p>Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	
A.7.2	<p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	
A.7.3	<p>Mineralische Rohstoffe</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	
A.7.4	<p>Grundwasser</p> <p>Aktuell findet im Plangebiet keine Bear-</p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>beitung des LGRB zu hydrogeologischen Themen statt. Das Plangebiet liegt außerhalb von Wasserschutzgebieten.</p> <p>Die hydrogeologischen Untergrundverhältnisse können dem Hydrogeologischen Kartenwerk des LGRB (1: 50 000) (LGRB-Kartenviewer http://maps.lgrb-bw.de/?view=lgrb_geola_hyd) und LGRBwissen (https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/hydrogeologie) entnommen werden.</p> <p>Weitere, sowie die o. a. Ausführungen ergänzende Hinweise, Anregungen oder Bedenken sind aus hydrogeologischer Sicht zum innerörtlichen Planungsvorhaben nicht vorzubringen.</p>	
A.7.5	<p>Bergbau</p> <p>Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaugebiet.</p> <p>Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder Althohlräumen betroffen.</p>	
A.7.6	<p>Geotopschutz</p> <p>Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</p>	
A.7.7	<p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden.</p> <p>Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.8	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege (Schreiben vom 10.12.2020)	
	Im Planungsgebiet sind sowohl Belange der archäologischen Denkmalpflege berührt.	
A.8.1	Bau- und Kunstdenkmalpflege Im Planungsgebiet liegen keine Kulturdenkmale der Bau- und Kunstdenkmalpflege. Allerdings befindet sich am Gebäude Talhauser Straße 10 ein Kellertorgewände mit der Jahreszahl 1594 im Scheitel an der Traufseite des inzwischen stark veränderten Giebelhauses. Bei dem Kellertorgewände handelt es sich um ein erhaltenswertes Bauteil, das Zeugnis für die Ortsbaugeschichte gibt. Da es sich nach heutigen fachlichen Kriterien weder bei dem Haus noch bei dem Kellertorgewände um ein Kulturdenkmal handelt, sind allerdings keine denkmalfachlichen Belange betroffen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.8.2	Archäologische Denkmalpflege	
A.8.2.1	<u>Darstellung des Schutzgutes</u> Im Untersuchungsgebiet befinden sich das folgende archäologische Kulturdenkmale: • Historischer Siedlungskern Ebringen, Prüffall (Liste der Kulturdenkmale, ffd. Nr. 18). Hier ist mit vielfältigen Hinterlassenschaften von Siedlungstätigkeit des Mittelalters und der Neuzeit zu rechnen.	Dies wird berücksichtigt. Es wird eine Nachrichtliche Übernahme gemäß § 9 (6) BauGB zur Archäologischen Denkmalpflege in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.
A.8.2.2	<u>Fachliche Erläuterungen zum Denkmalschutz</u> Zu den denkmalrechtlichen Schutzziele gehört die substantielle Erhaltung.	Dies wird berücksichtigt. Es wird eine Nachrichtliche Übernahme gemäß § 9 (6) BauGB zur Archäologischen Denkmalpflege in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.
A.8.2.3	<u>Darstellung der weiteren Vorgehensweise</u> Eine detaillierte Darstellung der denkmalpflegerischen Belange wird erst im weiteren Verfahren zu leisten sein. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass in Konfliktbereichen durch geeignete Umplanungen die Erhaltung von Bodendenkmalen angestrebt werden muss. Falls dies nicht möglich sein sollte, sind im Vorfeld von Bodeneingriffen wissenschaftliche Rettungsgrabungen auf Kosten des Veranlassers der Maßnahme durchzuführen.	Dies wird berücksichtigt. Es wird eine Nachrichtliche Übernahme gemäß § 9 (6) BauGB zur Archäologischen Denkmalpflege in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.